

Erbschafts-Akt
nachdem, mit
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 1,00 M.
vierteljährlich 3,00 M.
halbjährlich 5,00 M.
jährlich 10,00 M.
Zusätzlich 1,00 M. für den
Post- und den
1,00 M. nach Bestätigung.

Die Neue Welt
(Veröffentlichungs-)
monatlich 10 Pf.

**Verlags- und
Redaktion:** Nr. 808,
Kapitelstr. Nr. 1047,
Eisenach-Bezirk.
Verkauf: Halle a. S.

Die Neue Welt

Inserationsgebühr
beträgt für die 6. Spalten
Zeitung, aber beim Raum
50 Pfennig.
Die monatliche Ausgabe
10 Pfennig.
Im unvollständigen Falle
helft die Seite 75 Pfennig.

Inserate
für die 6. Spalten
müssen spätestens die
Vormittags 10 Uhr in der
Kapitelstr. 1047
eingeliefert werden.

**Eingetragen in die
Postzeitungsliste.**

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Post 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Innerer und äußerer Feind.

Das militärische Aufsehen.

Im Verlage der bekannten Hof- und Militärbuchhandlung Mittler u. Sohn zu Berlin erscheint ein militärisches Jahrbuch, des Militärischen Almanach genannt. Es ist ansehnlich dazu bestimmt, den Nordpatriotismus und die Begeisterung für das bunte Tuch kräftig zu propagieren. In dem vor kurzem erschienenen neuesten Jahrgang entwickelt in einem Aufsätze über unsere Wehrkraft geistig werden? der General der Kavallerie, S. v. Bernhardt, in allgemeinen Umrissen das Programm der großartigen Militärvorlage, deren Kommen wir im Retortitel der letzten Nummer: Rüstungspläne angesetzt haben.

Der Wehrgeneral geht dabei streng methodisch vor. Zuerst entwickelt er die Gründe, die er für seine Behauptung, daß unsere Wehrmacht nicht weiter werden muß, beibringen hat. Dann zeigt er im einzelnen die Mängel an, die die Armee heute seiner Ansicht nach aufweist und schließlich erörtert er die Reformfrage, um Einwürfe abzufangen, die die Unertlichkeit der neuen Pläne behaupten wollten.

Zwei Hauptpunkte für die Notwendigkeit der Armeerestruktion hat Herr v. Bernhardt. Der eine verweist auf den inneren, der andere auf den äußeren Feind. Den inneren Feind nennt er freiwillig gar nicht. Aber er steht doch unerwähnt hinter der Argumentation, mit der der General darlegen will, daß die allgemeine Wehrpflicht in höherem Maße als bislang in den allgemeinen Wehrdienst überführt werden muß. Es bedrückt den Herrn Bernhardt sehr, daß bei der jetzigen Friedensspannung ein großer Teil der Wehrpflichtigen nicht zum Militärdienst eingesetzt wird. Bei dem Wehrdienst, den Deutschland infolge seiner hohen Wehrleistung ausstellen muß, genügt es, nur einen Teil der Leistungsfähigen einzustellen, um die Notwendigkeit zu erreichen, die das Gesetz über den Friedensstand des Heeres vorschreibt. Bernhardt behauptet, daß der größere Teil der deutschen Wehrpflichtigen seinen Dienst tut, weil nur die Langjährigsten der Langzeit zur Auffüllung der Truppenteile erforderlich sind. Man sollte meinen, daß wäre für unsere Militärs ein Grund zur Freude, zumal, wenn sie sehen, daß unter fremdländischer Nachbarschaft alles einstellen muß, was nur Frieden kann, und trotzdem nur mit Mühe den Schein aufrecht erhält, daß seine Armee der heutigen an Kampfbereitschaft gleichkommt. Aber unser Wehrgeneral ist vom Gefühl der Genugtuung weit entfernt. Mit Recht sieht er nach Frankreich hinüber, wo ein jeder halbwegs taugliche Wehrpflichtige die „häßliche und verächtliche Wirkung des Wehrdienstes“ kennen lernt. Daß in Deutschland so viele dem Drill und der Kaserne entgehen, ist in seinen Augen vom sozialen Standpunkt ein großer Nachteil, besonders deshalb, weil die Bevölkerung der Großstädte nur in sehr geringem Maße eingesetzt wird. Denn da der Klassenstaat sich nicht zu energischem Arbeiterkampf und durchgreifender Wohnungsgesetzgebung entschließen kann, so ist die Zahl der Winderkauflichen, die nicht zum Wehrdienst herangezogen zu werden braucht, unter dem Proletariat der Großstädte besonders groß. Gerade für die Wehrleistungsfähigen also, für die die Wehrpflicht der Dienstpflicht vom sozialen Standpunkt aus am wichtigsten wäre, verlagert unser jetziges Verfaßten völlig, sagt Bernhardt. Und er besagt weiter, daß inselnde „eine tiefe Kluft zwischen der Armee und der Masse der großstädtischen Bevölkerung entstanden ist. Der General der Kavallerie meint also, daß der unruhigen, unzufriedenen und respektlosen Großstadtbevölkerung die militärische Furcht und der Zwang zur bedingungslosen Unterordnung besonders not tut. Und daß gerade sie am wenigsten in den Bannkreis des militärischen Geistes kommt, das erscheint ihm als eine große soziale Gefahr. Die Armee hat aus den Wehrtauglichen Unternehmern zu bilden, das ist die (unausgesprochene) Voraussetzung, von der Bernhardt ausgeht. Und seine geistlichen den Zeiten deutlich lesbare Forderung lautet: der Friedensstand der Armee muß so hoch gehalten werden, daß jeder Wehrfähige zum Militärdienst herangezogen werden muß. Und hier muß er so gedrillt werden, daß ihn der „innere Feind“ nie in die Klauen bekommt.

Wenn der Herr General die Erfüllung seines Wunsches erleben sollte, so würde er sicher auch die Erfahrung machen müssen, daß er die Wirkungen des Militärdienstes auf das Innere der Dienenden arg mißkamt und zum mindesten gewaltig überschätzt hat. Die Sozialdemokratie wird indes nicht in den entgegengesetzten Fehler verfallen, die Wirkungen des Drills zu unterschätzen. Die Folgen des Wehrdienstes sind ein Anknüpfen, den Militärdienst auch als eine Gefahr für die freibewilligte Entwicklung für den Freiheitskampf des Proletariats zu betrachten.

Wohlt der äußere Feind. Unser Kaiserreich macht sich hier die Beweiskraft außerordentlich leicht, indem er die Hindernisse umgeht. Er betet das Sprüchlein der Imperialisten herunter. Deutschland braucht seiner fast wachsenden Bevölkerung wegen Kolonien zur Nahrung, als Absatzgebiete und als Absatz- und Lebensmittellieferanten. (Bernhardt wagt im Übrigen keine Beweiskraft, wenn er agrarischen Glaubenssatz anguldet, daß die heimische Landwirtschaft den Lebensmittellieferant der wachsenden Nation allein zu bedenken vermag.) Ein deutsches Weltreich muß gegründet werden und das kann nur mit der

Gewalt der Waffen geschehen, denn die Welt ist verteilt und gutwillig gibt keiner der Wehriger etwas heraus. Also brauchen wir eine starke Wehrleistung.

Solche imperialistischen Reaktionsmomente, deren Sinnlosigkeit hier nicht bargelegt zu werden braucht, sind freilich leichter vorgetragen, als ein Nachweis der Notwendigkeit vermehrter Rüstung an den Wehrschritten der anderen Großmächte. Die Einzelheiten darüber würden sogar störend wirken. Das Frankreichs Wehrkraft zurückgeht, daß es mit aller Mühe kaum noch den Schein aufrechterhält, als halte es Schritt mit Deutschland, darauf ist schon oben hingewiesen. Ein so ungewisses Reaktionsorgan wie die Kreuzzeitung hat erst jüngst in einem Artikel nachgewiesen, daß es Frankreich an den Menschen fehlt, um die Mägen seiner Regimenter zu füllen. Englands Landmacht ist gering — der Überlegung zum System der allgemeinen Wehrpflicht in absehbarer Zeit nicht wahrscheinlich. Ausland ist geschwächt durch Korruption und Revolutionen und seine Gesundheit nur noch einschmeichelnden Reformen oder nach neuer Revolution möglich. Wo also sind die gefährlichen Nachbarn, die Deutschland zur Verhinderung seiner Landmacht zwingen? Unser Wehrgeneral schlägt einen Vogen um die Frage. Wollte er sie ehrlich beantworten, so müßte er rund heraus erklären: „Zur Verteidigung genügt unsere Armee. Aber der Imperialismus ist Ausdehnung um jeden Preis, auch um den des Weltfriedes. Der Imperialismus braucht eine Eroberungsarmee und die kann nie zu groß sein!“

Aber nun das Programm Bernhardt. Vor allem muß die Infanterie vermehrt werden, hebt er an. Denn sie ist die eigentliche Waffe der Entschlossenheit und schmilzt im Feuer der Schlacht am schnellsten zusammen. Also große Massen her, daß es an neuen Annoncenmacher nicht fehlt. Die Zahl der Offiziere aber muß nach stärker erhöht werden als die der Mannschaften; sie heute viel zu gering, denn bei der modernen gesteigerten Geschwindigkeit der Offizier weit weniger Soldaten unter seinen Augen, als früher. — Viel zu schwach ist aber auch die Kavallerie. Der Herr Wehrgeneral versichert, daß seine Waffe noch lange nicht ausgespielt habe, wenn sie nicht bloß als Schlägentruppe, sondern auch zu strategischen Zwecken, zur Aufklärung und Verschleierung verwendet werde. Zum mindesten soll die Geschwindigkeit der Kavallerie durch Radfahrerbataillone erhöht werden, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie gegenwärtig sehr wenig, spärere Angriffe zu Fuß durchzuführen, wenn sie militärische Erfolge zwingen will. — Von höchster Wichtigkeit ist endlich eine intensive Entwicklung der Wehrmittel und der Aufschiffkraft. Die letztere wird wieder eine Anpassung der Landesbefestigung nötig machen. Zum Schluß erwähnt Bernhardt, offenbar um dem Vorwurfe der Einseitigkeit zu begegnen, auch die Notwendigkeit, die Flotte und die Küstenbefestigung auszubauen.

So entwickelt er ein Rüstungsprogramm, dessen Verwirklichung Mißansagen erfordert und die Finanzen des Reichs in die schlimmste Verdrängnis bringen müßte. Neue Steuern wären die unausweichliche Konsequenz und die Opferwilligkeit der Junker, die Herr v. Heydendorff jüngst im Reichstage theatralisch beteuerte, geht bekanntlich nicht ins Reichsmonarchie der Wehrtauglichen. Unseren Wehrgeneral aber hat die Bedungs- und Steuerfrage weiter nicht an. Er hat heraus, daß es dem deutschen Volke noch viel zu gut geht. Er behauptet, daß Deutschland im Jahre 1906 für Heer und Flotte pro Kopf der Bevölkerung 16 Mark ausgab, während England 29 und Frankreich 20 Mark pro Kopf zahlte. Und dann führt er Steinmann-Bücher dafür an, daß das Volkvermögen pro Kopf im deutschen Reich heute 5000—6000 Mark, in Frankreich 8000—9000 Mark, in England allerdings 8000—7000 Mark betrage. Die Zahlen seien sehr verächtlich. Das was wir als Befugnisse lohnt indes nicht einmal. Denn was will das besagen, wenn in England die Belastung pro Kopf weitlich größer wäre. Dadurch wird noch lange nicht aus der Welt geschafft, daß die große Masse der arbeitenden Bevölkerung in England wehrweit weniger belastet ist, als in Deutschland, da dort die Lebensmittel nicht durch Zölle verteuert werden, und da die Einkommensteuer erst bei einem Einkommen von rund 3000 Mk. beginnt! Zur Lastfolge Englands auf diesem Gebiete reißt die Opferwilligkeit der deutschen Junker und Bourgeois nicht aus: Sie ziehen das Wehrtauglichen auf Kosten der Proletarier und kleinen Leute vor!

Ob sie es noch geräume Zeit weiter so treiben dürfen, darüber fällt am 12. Januar die Entscheidung. Die Ordnungsparteiler hoffen mit der Rüstungsparole Wahlgewinne machen zu können. Die Sozialdemokratie wird alles daransetzen müssen, daß die heilige Ernüchterung, die nach dem nationalen Launen von 1907 eintret, nicht wieder in einem abermaligen nordpatriotischen Wahn erstarrt wird. Das Rüstungsprogramm des Generals Bernhardt soll unserer Partei bei ihrer Arbeit gute Dienste leisten. Es ist auch nach das Produkt einer „verantwortlichen Stelle“ — so ist es ein Zeichen, wie an den verantwortlichen Stellen der Wind weht. Der Wahlkampf wird diesmal mehr denn je ein Kampf gegen Imperialismus und Militarismus sein, gegen die wahren Feinde des deutschen Volkes!

Nationalliberaler „Parteitag“.

Aus Berlin schreibt man uns: Mit einem Wertezertag in Berlin haben die Nationalliberalen am letzten Sonntag ihren Wahlkampf eingeleitet. Es war im Kaiserpalast des Ringbald, wo Karl und Otto des Großen Ergrabenfalls Wache hielten, und etwas trüblich von der goldgelben Decke das Wahlungsmotiv grüßte:

Von Frieden, Gerechtigkeit, Weinen und Klagen Und neuer Reden Stritten müht ihr nun Wunder herzen Jagen.

Das „Weinen und Klagen“ daß besser zu dem Delegiertenlag vor zwei Jahren, auf dem der Wilhelmsbad zu Grabe getragen wurde, und an den Herr Wassermann auch diesmal wieder nicht ohne erste Wehmüt erinnerte. Jetzt aber sind die „neuen Reden“ mehr zum „Stritten“ angelegt, sie fassen zum Ritt nach Ostland und zum Zug nach Süden, und wenn es geht, wollen sie sogar auch die Erde verteidigen, die von der bösen Sozialdemokratie bedroht werden.

Ein nationalliberaler Vertretertag darf man sich nicht wie einen sozialdemokratischen Parteitag vorstellen, sondern eher wie einen Reichstagskongress, jedoch ohne die Geschlossenheit der äußeren Aufmachung. Der ganze Parteitag dauerte nicht viel über drei Stunden, wovon etwa die eine Hälfte von Herrn Wassermanns Referat, die andere von einer wohlüberlegten Diskussion ausgefüllt wurde, der Herr Stresemann den verbindlichen Ausklang zu geben hatte. Nach ein paar Hoch und Hurra, dann nach die Stunde des Festessens und die Fortsetzung der nationalliberalen Begeisterung entließ sich den Willen des Berichterstatters.

Trotzdem war der nationalliberale Vertretertag keineswegs uninteressant. Herr Wassermann hielt, vielleitig zum erstenmal in seinem Leben, eine ausgezeichnete Oppositionsrede. Seine Rede war in seinen bemerkenswerten Ausdrücken von den Mitgliedern, die lieber den besten Blick von den Wankfüßeln schütteln sollten, nicht schon früher einmal, sondern in diesen Tagen getan, so würde alle Welt annehmen müssen, sie hätte dem nationalliberalen Parteitag. Es gibt nichts, was Herr Wassermann unbenutzt ließ. Die Reichsfinanzreform, die er schon vor zwei Jahren einen Ausbruch auf die Tischen der Wehrlosen genannt, bezeichnete er diesmal als einen Vorgang, bei dem die Gerechtigkeit, der soziale Ausgleich, das soziale Empfinden, völlig vergessen worden sei. Die Sammelpolitik gegen die Sozialdemokratie ist ihm eine Utopie von vornherein, ein Wahnwitz mit dem Zentrum sei gegen die Natur einer liberalen Partei, besonders gegen die Natur des Nationalliberalismus. Mit ähnlichen Worten wie der englische Volksherr Cartwright in seinem demontierten Interview, konstatiert er die mangelnde Führung der deutschen Außenpolitik mit Volk und Parlament, was ihn freilich nicht hindert, gegen England (den neidischen Engländer und den hinterlistigen Franzmann), sagte ein geschmackvoller Nachredner) Mähmut und Enttäuschung zu empfinden. Sehr vorzüglich wird die Flottenparole abgelehnt, da müsse die Regierung selber wissen, was sie zu tun habe, und die Nationalliberalen würden ihr — also doch — eine ruhige Hand folgen. Dann geht es aber wieder desto schärfer auf die innere Politik los, gegen Wehrverfassung, Verarmungsverbote, da müsse einmal gegenüber den Herren Schwätzlichen und Handbären mit der Hand auf den Tisch geschlagen werden. Weit weit ist es gekommen! Die Regierungspolitik findet Herr Wassermann „farblos und blauer“, und er, der Roboter der „bewährten Wirtschaftspolitik“ findet sogar an dem Verhalten des Herrn v. Weismann in der Feuerungsdebatte etwas auszufallen. Er bemerkt bürokratische Stiefheit, vermischt die warmen Töne und das Gefühl für Impponderabilität. Herr Wassermanns Geheimnis bleibt es, was mit warmen Tönen und Impponderabilität gegen Lebensmittelpolitik auszurichten ist. Wir vermischen nicht warme Töne und Impponderabilität, sondern warme Würstchen und einige Pfund Kartoffeln.

Wies in allem, für Herrn Wassermann was es immerhin eine Leistung. Aber nach ihm kommt Herr Cremer aus Gogen und verdrängt die Sozialdemokratische, das sei die wichtigste Aufgabe. Auf förmliche Rufe „Zentrum! Zentrum!“ antwortet er kühn, aber Stimmwahlfragen werde später zu reden sein, allenfalls vertraulich beim Stimmwahl. Unter Weßall und Hissen tritt er ab. Aber folgt zeigt sich, daß Herr Cremer durchaus kein „bedauerlicher Einzelfall“ ist, der Abg. Schifferer aus Kiel tritt ihm in vollem Umfang bei, der Abg. Bohmann, der gegen Wagners und Weßall's Interim sein will, nicht — wie noch die meisten — in einem neuen Wilhelmsbad das Ideal der Zukunft. Allgemeine Spannung herrscht, Herr v. Weismann aus Karlsruhe das Wort ergreift. Stimmwähler Weßall eines großen Teils der Versammlung grüßt ihn. Er findet nur eine Kraft unüberwindlich, die zwischen Liberalismus und Zentrum, nur einen Extremismus unüberwindlich, den Extremismus des Zentrums, er rühmt sich im Gegensatz zum schwächelnden Herrn aus Weßall: ihm brauche man nicht zuzurufen „Zentrum! Zentrum!“, denn er ist in diesem Punkte hiesig und fahrlässig. Mit einigen orthodoxen nationalliberalen Nebenbemerkungen schließt er sich zum Schluß geschäft den allgemeinen Weßall.

Nachdem man noch Herrn Reher aus Nürnberg angehört, der den bayrischen Fraktionsgenossen als Helfer im Land

es feindlich-politisch möglich ist, für die Weichenführung zu öffnen und durch entsprechende Änderungen des Reichsbeschaffungsge-
setzes die Einfuhr von getrocknetem überseeischen Fleisch zu ermög-
lichen.

— **Wahlkampf der neuen Wählerkämpfe.** Im Wahlkampf der
Wahlkreise ist, was dieser Tage in dem Bericht von der Wähler-
folgendes zu lesen:

Die Wahlen der Vereinigten Chemischen und Papiere
in Charlottenburg liegen heute an der Spitze
Wahlkreise. Stimmentreu vertritt der bekannte Vorkriegs-
Professor Waffersmann, dem man entnahm, daß von
von der Gesellschaft hergestellte „Krogel“ sich bei der Be-
schaffung der Schlafkraft bewährt habe. Man erwartet
daher größere Wählerzahlen für das Kandidatentum.
Man sieht, das deutsche Volk hat alle Ursachen zu haben,
zu sein, den „Herb der Schlafkraft“, wie es in
der amtlichen Denkschrift so schön heißt, bekommen zu haben.
Für die Aktionäre der chemischen Fabriken erfüllt sich in der
Zeit das Sprichwort: „Eigener Herd ist Gottes wert.“

— **Der Nationalliberaler wird konservativ.** Der Reichs-
wähler Wg. Dr. Götze hat sich nun glänzend zum konservativen
Kandidaten durchgemacht. Nachdem die National-
liberalen des Reiches Brandenburg, Westfalen und
auf seine Aufstellung verzichtet, haben nunmehr die konser-
vativen des Reiches in einer Vertretungsmannerversam-
mlung beschlossen, Herrn Götze als ihren Kandidaten zu
unterstützen. Der bis jetzt nationalliberalen Götze
nimmt als die „Front nach rechts“ in dem Sinne, daß er
keinem Kandidaten der Konventionen, der seinen im sein-
reichsüberblicklichen Herz längst hingezogen. Er ist ein treffendes
Symbol für seine ganze Partei. — Sein sozialdemokratischer
Gegentand ist Genosse Fuchs.

England.

Das Frauenwahlrecht. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist
das Frauenwahlrecht in England tatsächlich seiner Verwirklichung
nahe. Am Freitag empfangen hier, wie man uns aus
London schreibt, Ministerpräsident Asquith und der Schatz-
kanzler Lloyd George eine große Deputation von Frauen-
rechtlerinnen der verschiedenen Richtungen, die der Herr
Minister zum Teil sehr in Gebet nahmen, was diese
gutwillig gewähren ließen. Der wichtigste Teil der Erörterungen
ist die Antwort, die der Ministerpräsident auf drei spezifische
Fragen einer der Rednerinnen erteilte. Er erklärte, er wünschte,
daß die Regierung nicht nur die Wahl habe, in der nächsten
Session eine Vorlage zur Veränderung des Wahlrechts an
den Männer im Unterhaus einzubringen, sondern diese
auch zum Gesetz zu erheben; zweitens, daß die Vorlage so ab-
gefaßt sein werde, um ein Amendement zur Ausdehnung des
Wahlrechts an Frauen zu gestatten, und zwar nicht bloß
unter denselben Bedingungen wie für Männer, d. h. an alle
Frauen, sondern auch an einen Teil der Frauen;
drittens, daß die Regierung ein solches im Unterhaus angenom-
menes Amendement, wie immer geartet es sei, als einen
Bestandteil der Vorlage betrachten und für dessen Verwirklichung
sorgen werde.

Daß es zum allgemeinen Wahlrecht für beide Ge-
schlechter kommen wird, ist wenig wahrscheinlich, sondern man
rechnet damit, daß mit dem allgemeinen Männerwahlrecht ein
beschränktes Frauenwahlrecht verknüpft werden wird.
Während auf diese Weise es gerade die Arbeiterfrauen sind,
die um ihre Rechte betrogen werden würden, müßte eine solche
Reform dennoch als ein großer Fortschritt betrachtet werden,
und wenn auch ein beschränktes Frauenwahlrecht die bekloppten
Massen politisch sichern würde, so würde dieser Nachteil
aufgehoben durch die Bekämpfung der verheerenden, in letzter
zeitliche Millionen von männlichen Arbeitern. Auch wäre nach
der Verwirklichung einer solchen Reform die Ausdehnung des
Wahlrechts an allen übrigen Frauen nur eine Frage der Zeit.
Vorbildlich scheint es, daß ein Amendement, das allen
selbständigen Hausfrauen und allen ver-
heirateten Frauen das Wahlrecht gibt, die beste Aus-
sicht haben wird.

Vorbildlich haben die Erklärungen der Regierung die viel-
leicht beschleunigte Folge gehabt, die Frauenrechtlerinnen, die
sich auf die „Beschleunigung“ geeinigt hatten, wieder zu
entziehen. Während die Mehrzahl sich mit der neuen Lage
zufrieden gibt, kündigen die in der Womens Social and Political
Union organisierten lärmennden und sensationalistischen
Euffragettes der Regierung den Krieg an. In dieser Organisa-
tion geben die reaktionären und plutokratischen Damen den
Ausschlag, die das Erstarben der Demokratie fürchten und lieber
auf das Frauenwahlrecht ganz verzichten, als es mit den
Müssen der Arbeiterinnen zu teilen.

Rußland.

Die Hungersnot und ihre Folgen. Die aus dem Hungersnot-
gebiet einlaufenden Nachrichten lauten immer trübseliger, wie
dies gar nicht anders sein kann; der Prozeß wirtschaftlicher
Zerlegung hat bereits begonnen; die Dörfer einiger Gebiete,
wie etwa des Gouvernements Orenburg, bieten schon jetzt das
überraus traurige Bild übersterbender, man beginnt bereits die
Strohfelder zu verbrennen. In einzelnen Bezirken treten
Typhus und Cholera auf, die Lebensmittelpreise gehen
sprunghaft hinauf, da die Händler die Situation nach Kräften
auszunutzen suchen.

Der Notstand dieses Jahres ist nicht nur vom Standpunkte
allgemeiner wirtschaftlicher und rein menschlicher Erwägungen
zu werten, sondern es kommt noch ein anderes sehr schwer-
wiegendes Moment hinzu: die Zerrüttung der auf Grundlage
der Agrarreform reorganisierten Wirtschaften und die Umstreu-
tung der Agrarreform vor der Bevölkerung. Daß das eine

und das andere eintreten muß, unterliegt kaum einem Zweifel.
Die neu begründeten Wirtschaften sind mit Schulden belastet
und daher wird die Wirtschaftliche Zwangsüberänderungen her-
beiführen, was bei der frühesten auf den Gemeinwohl beruhten
Agrarreform nicht der Fall war. Es kann und muß eine
um so größere Enttäuschung eintreten, als nicht nur die Regie-
rung große Hoffnungen auf die Agrarreform gesetzt hat. Diese
Enttäuschungen werden nicht nur den fortgeschrittenen geistigen
Bauern ergreifen, sie werden auch die überlebende Masse der
Bauern in dem Bezirke bei den allen Wirtschaften be-
zürken und den Beweis erbringen, daß die Regierung unfähig
ist, ihre Lage zu verbessern, wodurch der revolutionäre Kampf
heraufbeschworen wird. Es liegt in der Tat sehr viel auf dem
Spiele, wenn man weiß, aus welchen Erörterungen heraus die
„Agrarreform“ entstanden ist. Einmal wird es den Bauern
begreiflich gemacht, was sie von einer solchen Regierung zu
erwarten haben und was Schuld bei an ihrem Elend und ihrer
Not. Wie aus vielen Orten berichtet wird, strömen die hungrigen
Bauern aus den Notlandgebieten in die Städte und
Fabrikdörfer, wo sie um Arbeit betteln. Die industrielle Reserve-
armee schwillt täglich an, was eine enorme Gefahr für die
Arbeitskraft bedeutet, die eben erst begonnen hat die gün-
stigeren wirtschaftliche Konjunktur für die Aufbesserung ihrer
Lebensbedingungen auszunutzen.

Persien.

Der russische Auszug. Die diplomatischen Be-
ziehungen zwischen Rußland und Persien sind,
wie Noveje Wremja erzählt, abgebrochen. Die beider-
seitigen Vertreter bleiben aber einwiehlen noch in ihren bis-
herigen Wohnorten. Das nach Kaspow bestimmte russische
Expeditionskorps von 4000 Mann sammelt sich in Baku zur
Einschiffung nach Erzerum.

Demgegenüber so die Russen in Korbepersien ein und sehen sich dort
fest, so folgen die Engländer ihrem Beispiel im Süden. Eine
weitere Abteilung indischer Kavallerie in der Stärke von zwei
Geswadrons ist am Donnerstag von Baku nach Schiras ab-
gerückt. — Die Aufstellung Persiens kann also demnächst beginnen.

Mexiko.

Eine neue revolutionäre Bewegung bedroht Mexiko. Reyes,
Creel und andere Anhänger von Diaz sind vor El
Paso verbannt, um organisierten der den A-
frikas. Die Befehlshaber der amerikanischen Truppen an der
mexikanischen Grenze erhielten die Befehle, sich zum sofortigen
Mexiko bereit zu halten, wenn dies zur Aufrechterhaltung der
Neutralität erforderlich sein sollte. Amerikanische Soldaten
bewachen scharf die Grenze. Wie die amerikanische Regierung
erfahren hat, soll Madero vor ersten Schwierig-
keiten stehen.

Gewerkschaftliches.

Zu der angebrochenen Auspürgerung in der Berliner Metall- industrie.

Die 60 000 bis 70 000 Arbeiter betreffen würde,
schreibt die Berliner Morgenpost: „Es ist kein Geheimnis, daß
die Kriegspartei im Industriellverband einen schweren Stand
hat. Die mittleren und kleinen Firmen wollen einen Vergleich
mit den Arbeitern, denn die Auspürgerung würde ihnen un-
gleich größeren Schaden bringen, als den großen Unter-
nehmern. Ein wochenlanger Kampf würde auch in den Kreisen
der Arbeitgeber Existenz vernichten, denn die Arbeiter wür-
den die drohende Auspürgerung mit dem Generalstreik
bei allen Firmen beinhalten. Diesen nutzlosen Kampf wird
man vermeiden, um so mehr, als die Arbeiter zu Vergleichsver-
handlungen auch jetzt noch bereit sind.“

Zur Zigarbeiter-Auspürgerung.

Immer deutlicher trittutage, daß der Zigarbeiter-Figurren-
fabrikantenverband nicht allein auf das eine Ziel losstrebt,
die Zigarbeiterorganisationen zu schwächen, um auf viele Jahre
hinaus die bis jetzt betriebene uneingeschränkte Ausbeutung der
Zigarbeiter uneingeschränkt weiter betreiben zu können, son-
dern sein Streben scheint auch darauf gerichtet zu sein, die Pro-
duktion an Zigarren flöz zu unterbinden, um die Zigarren-
abnehmer, Wiederverkäufer und Konsumenten gründlich aus-
zuteilen zu können. Neuerdings verleben die zigarren-
fabrikanten auch ihre niedrigeren Kollegen zu
verwegen, ebenfalls auspürgeren. Diese Bemühungen werden
ohne Erfolg bleiben.

Die durch die Auspürgerung hervorgerufene Unterbindung der
Produktion beläuft sich jetzt schon auf 65 000 Mille Zigarren in
mittlerer und besserer Qualität. Birta 5200 Doppelzentner
Zabal bleiben unbeschäftigt. Der wirtschaftliche Schaden in-
folge der Auspürgerung ist also ganz ungeheuer.
Die Gefährdung der Mitglieder der auspürgernden Unter-
nehmerverbände gerät ins Wanken. Sie sehen sich jetzt schon
genötigt, eine Anzahl Beihilfen von den Gesungen und Ver-
schiffen zu entbinden; geben sie also frei, um sich mit ihren
Arbeitern zu verständigen. Andere Zigarrenfabrikanten laufen
unruhig in ihren leeren Betrieben herum und nehmen den Mo-
ment herbei, wo der Friede im Gewerbe einzug halten kann.
Die Auspürgernden verweigern die Aufnahme der Arbeit in
den freigegebenen Betrieben; sie vertreten den Standpunkt, daß
eine zufriedenstellende Einigung nur zustande kommen kann,

wenn diese mit allen Firmen zugleich hergestellt wird. Die
Qualität der Auspürgernden ist murrstisch und läßt mit Sicher-
heit darauf schließen, daß sie in dem ihnen aufgeworfenen
Kampfe, gestützt auf die Arbeiterschaft Deutschlands, bis zum
Ende ausharren werden.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter.

Aus London wird uns geschrieben: Die Spezialkonferenz
der englischen Bergarbeiter, die über Streik und Frieden im bri-
tischen Bergbau entscheiden sollte, hat nun stattgefunden und
mit dem Beschluß gendelt, die endgültige Entscheidung auf
den 20. Dezember zu verlagern. Dieser Beschluß
wurde mit der verhältnismäßig geringen Mehrheit von 288 000
Stimmen gegen 298 000, die für die sofortige Wornahme einer
Abstimmung über die Erklärung des Generalstreiks ein-
traten, gefaßt. Die beschlossene Abstimmung nahm in den
letzten Tagen vor dem Zusammentritt der Konferenz überhand,
nachdem man unmittelbar zuvor eine friedliche Lösung für be-
ide ausgefallen gehalten hatte. Die Grundrühren eines
Diktums nach des andern hatten nämlich die Hauptforderung
der Arbeiter, den Grundloß des Diktums minimal
lohn scharf abgelehnt, so daß weitere Unterhandlungen
zwecklos erscheinen mußten. In erster Stunde haben jedoch die
vereinigten Grundrühren der englischen Kohlenindustrie sich
eines besseren Besonnen und den Beschluß gefaßt, den Inter-
nehmen aller Diktums die Annahme des Grundloßes des
Minimallohnes zu empfehlen. Diejenem entgegenkommenden
Beschluß ist es zuzuschreiben, daß in der Londoner Konferenz
der Bergarbeiter die friedlicher gemäßigten Elemente die Mehr-
heit erlangten. Der Antrag zur Wornahme einer sofortigen
Abstimmung darüber, ob der Generalstreik unmittelbar er-
klärt werden sollte, wurde mit der abgegebenen Mehrheit abge-
lehnt, und demgegenüber eine Resolution angenommen, die die
Konferenz bis zum 20. Dezember vertagt und sowohl die ein-
zelnen Diktums, wie den Gesamtverband beauftragt, neue
Unterhandlungen mit den Unternehmern zur Vereinbarung
eines allgemeinen Minimallohnes zu beginnen.

Die Bergarbeiter haben demnach jetzt schon einen großen
moralischen Sieg zu verzeichnen, allein die Gefahr eines allge-
meinen Bergarbeiterstreiks ist noch keineswegs beseitigt. Selbst
wenn die Grundrühren aller Diktums den Rat ihrer eigenen
Vereinigung annehmen und den Grundloß des Minimal-
lohnes anerkennen, so bedeutet das selbstverständlich noch nicht,
daß sie auch den von den Arbeitern geforderten Minimallohn
tatsächlich zugestehen werden. Erreicht haben die Arbeiter
ebenfalls, daß es heute alle Parteien klar ist, daß der Friede im
Bergbau nur durch die endgültige Regelung der Minimal-
lohntage gesichert werden kann. Die Grundrühren selber
haben es in der Hand, ob sie einen Generalstreik gegen Neu-
jahr vermeiden wollen.

Verantwortlich für Beitragsartikel, Politische Lieder, Partei-
nachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches,
Feuilleton und Vermischtes Karl Bod, Lokales Wilhelm
Koenen, Provinziales und Verammlungsberichte Gottl
Kasperel, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Ein neuer Jahrgang und wieder ein starkes Wachstum!

1903 4 5 6 7 8 9 1910

Genau wie diele Palme gewachsen ist,
ist der Konsum in
Palm (Pflanzenfett) und Palmolive (Pflanzen-
Butter-Margarine) in den letzten sieben Jahren ge-
stiegen. Diese Tatsache ist der beste Beweis dafür,
daß unsere Produkte einem wirklichen Bedürfnis
entsprechen. Es wird bald keinen deutschen
Haushalt mehr geben, in dem Palm und
Palmolive nicht zu finden sind. Niemand sollte
daher verkümmern, einen Versuch damit zu
machen.
H. Schlink & Cie. A.-G.

Alle, die an einer Erkrankung der Atmungs- Organe leiden,

und die Symptome wie: Husten, Appetitlosigkeit,
Schlaflosigkeit, Schwäche, Traurigkeit, Un-
zulänglichkeit usw. bemerken:

... müssen sehr auf der Hut sein beim Witterungs- Umschlag

da die bei rauhem Wetter, bei Regen und Wind besonders
scharf greifende Wirkung ist für Personen, die an
einer Erkrankung der Atmungsorgane leiden, sehr bedenk-
liche Folgen zu haben pflegt.

Leider wissen viele noch nichts von der neuesten Erfindung
(potentiell geschützt) den Katal- Sauerstoff- In-
halationen von Dr. W. Schlimmer, die sich als die an-
berühmt erweisen, weil sie ohne jeden Apparat durch
ihren aktiven Sauerstoff auf Athma, Lungenerkrankungen,
Katarhe, Keuchhusten, und insbesondere Influenza
eine geradezu frappante Wirkung ausüben. Das bedürfen viele
Kranke und Wundheilende in überströmender
Zunehmtheit, nachdem sie für ihre zum Teil veralteten

Leiden durch diese neuen Dr. Schlimmers Katal-Inhalationen
endlich Besserung gefunden haben.
Nachstehend nur ein paar von den vielen täglich einlaufenden
Danksagungen und Anerkennungen:

Out Wandler gewirkt!

Herr Diakon F. Wittmann, Kempin, schreibt: „Ich bitte,
mir umgehend drei Packungen der Katal- Sauerstoff- In-
halationen, die zu einer Kur erforderlich sind. Ich fenne Ihre
Inhalationen von Polen her. Ich gehöre zu dem birtigen Dia-
konenheim und weiß Ihr Präparat zu schätzen. Überall, wo mir
es empfohlen haben, hat es Wunder gewirkt. Da ich sehr viel von
unterm Anlauf verstanden habe, werde ich mich bemühen, Ihr
Präparat jedem Leidenden zu empfehlen. Wäre Ihnen sehr ver-
bunden, wenn Sie mir gleich nach Erhalt des Briefes die In-
halationen zuwenden würden.“

Aus vollem Gesehn!

Herr Ingenieur Max Wutz, Dresden, schreibt: „Aus vollem
Gesehn kann ich die Inhäleren bestimmen, die Sie Ihnen erhalten
haben. Ich leide seit drei Jahren an einem hartnäckigen Bron-
chialkatarrh. Starke Husten, aus der Brustdrüse und Auswurf
waren die Folgen des Leides. Nach Gebrauch von 25 Inhalationen
ging das Husten zurück und ich jetzt fast vollständig ver-
schwunden. Und erst heute kam es drei Meter weit. Was in drei Jahren
Widerstand im Anhalten der Inhäleren nicht fertig brachte,
erreichten Ihre Katal-Inhalationen in etwa 14 Tagen. Es wird

mir ein Vergnügen sein, Ihre Inhalationen weiter zu empfehlen.
Ich bin sicher, mit Hilfe Ihrer Inhalationen werde ganz gesund
zu werden.“

Konnte Wirkung getan!

Herr Jol. Wiffershöfer, Wünnen, schreibt: „Mit
Ihren mir ich Ihnen mitteilen, daß die von Ihnen bezogenen
Katal- Sauerstoff- In-
halationen ihre volle Wirkung getan haben
genau meine seit sechs Monaten bestehende Tuberkulose. Auswurf
wurde weniger und tieferhaltiger; auch Brustschmerzen linderten
sich bedeutend. Habe die Inhalationen meinen Bekannten aufs
beste empfohlen.“

Die Inhäleren gekannt jedem einen kostlosen Versuch!

Man braucht nur an die Katal- Sauerstoff- Gesellschaft m. b. H.
Berlin W. 44, eine Postkarte zu schreiben, auf der man
erlaubt umgehend gratis und franco eine Probe- In-
halation angeht.

So kann jeder ohne Risiko die Wirkung dieses einig-
artigen, in höchsten Mitleid, das ist ein Versuch, denn
indem die erste Inhalation pflegt eine auffallende
Erleichterung der Atmung zu bringen!

Man zögere nicht! Jeder Tag ist wichtig! Genauere
Gebrauchsanweisung, ärztliche Gutachten, eine ganze
Sammlung von Anerkennungen u. a. w. liegen des kostenfreien
Prospekts bei.

Der italienisch-türkische Krieg.

Den Italienern geht es erträglich schlecht in Tripolis. Jetzt werden es nun bald zwei Monate, daß sie nach echter Brigantennart über die Türken herfallen, und noch immer sitzen sie an der Spitze von Tripolis, ohne auch nur einen Schritt nach vorwärts getan zu haben. Im Gegenteil, sie haben immer weiter nach rückwärts „gegriff“.

Mit welcher unglaublichen Leichtfertigkeit überhaupt der ganze Haubzug organisiert worden ist, das wird von Tag zu Tag offenkundiger. Ohne sich vorher über die Stimmung der Arbeiter in Tripolis genau zu informieren, ist man auf die Beschäftigungen einiger Soldats herein gefallen, die Arbeiter würden die Italiener als ihre „Besten“ empfangen und gemeinsam mit ihnen die verheerliche Herrschaft abweisen. Wie das gemeint war, das haben die Italiener zu ihrer unangenehmen Ueberraschung gar bald erfahren müssen, und mit der Verhängung von „Sieges“ nachdrücklich, die man mit großem Lärm in die Welt hinausposaunt, ist man schon in Parlament geratzen. Sprechen doch auch die Tatsachen eine nur zu beredte Sprache gegen die italienischen „Siege“, und man mag wohl auch in Italien inselndem eingesehen haben, daß man sich bereits genügend lächerlich gemacht hat! Die italienische Kriegsführung hat sich in ihrem ganzen Unfähigkeitsthum wieder in den letzten Tagen gezeigt. Wie sich die Italiener über die politische Situation in Tripolis so gar nicht unterrichtet hatten, so hat die italienische Armeeleitung die ganze Aktion höchst mangelhaft vorbereitet und eingeleitet. Die Eigenarten des nordafrikanischen Kriegsschauplatzes hat sie ganz und gar übersehen. Daß um diese Jahreszeit in Tripolis eine anhaltende Regenperiode eintritt, wodurch die sonst trockenen Flußläufe in kurzer Zeit den reißenden Wasserläufen angefüllt werden, die das ganze Gelände überflutet, ist den inerten Italienern erst dann in den Sinn gekommen, als sie das Wasser aus ihren Verschanzungen vertreibt! Dabei ging ihnen aber die so wichtige Stellung bei den Wasserläufen von Bumliliana verloren, die nun von den Türken besetzt wird. Die Quellen von Bumliliana und damit die ganze Trinkwassererzeugung befinden sich dadurch in den Händen der Türken, was für die Italiener und die Stadt Tripolis unter Umständen recht unangenehme Folgen haben kann.

Durch die Regenperiode sind ferner die ohnehin trüben Aussichten für die Italiener noch wesentlich verschlechtert worden, und an einen Vormarsch ins Innere des Landes ist vorläufig noch gar nicht zu denken. Aber auch dann werden sich ihnen noch unüberwindliche Hindernisse und Schwierigkeiten in den Weg stellen. Führen sie doch, wie der zweite Abgordnete vom Reichstag, Konrad Bahr, berichtet, die vereinbarten Arbeiter und Türken fast genug, den Italienern den Weg in das Innere von Tripolis zu verlegen. Sie bedürften aber größerer Geldmittel. Die Geschütze der italienischen Flotte hätten den Türken große Verluste erkauft, während die italienische Flotte bisher nur sehr wenig ausrichtete. Bei Salis Wara, östlich von Tripolis, griffen die vereinigten Türken und Arbeiter zweimal die italienischen Verschanzungen an, die in modernster Technik angelegt und von den neu aus Ägypten angelaufenen Bergartillerie besetzt wurden. Konrad Bahr förmlich, drängen die Türken und die Kreuzer und Fregaten in die Verschanzungen und nahmen vier Maschinengewehre, zwei Feldgeschütze und mehrere hundert Mann gefangen. Die Italiener räumten die Schanzen unter Zurücklassung von über hundert Toten und vielen Gefangenen. Nachdem die Türken sich in den Verschanzungen festgesetzt hatten, griff die Flotte mit ganzer Kraft der Schiffgeschütze die vereinigten Türken und Arbeiter an, die einen Verlust von annähernd zweitausend Toten gehabt haben sollen. Die Türken konnten sich unter dem Geschößregen nicht behaupten und zogen sich in guter Ordnung in ihre früheren Stellungen zurück.

Eine Niederlage der Italiener.

Konstantinopel, 19. November. Aus Tripolis wird unter dem 16. November amlich gemeldet: „Besten nachmittags verließ die türkische Flotte den Hafen. Unsere Truppen benutzten die Gelegenheit, die jüngst von den Italienern wegen der Ueberschwemmung gewählte Position Elchajet bei Bumliliana plötzlich anzugreifen. Die Italiener wurden im Wagnertampff zurückgeworfen. Sie hatten über 400 Tote und Verwundete. 23 Soldaten und ein Offizier wurden gefangen genommen. Wir verloren 130 Mann und erbeuteten 70 Gewehre und Munition, ferner unsere Linien berast vor, daß wir hoffen, die Stadt zu erobern, wenn das schlechte Wetter die Flotte ausdauernd fernhält. Der Stamm Emirich ist heute eingetroffen. Das ermöglicht uns, die fast gänzlich gerietete Stadt von allen Seiten gleichzeitig anzugreifen.“

Die Revolution in China.

Ein Manifest an die Mächte

Zur Anerkennung der neuen Republik in China erklärt der frühere chinesische Botschafter in Washington Sun Jün-tang im New York American, einer der größten Zeitungen Ozeanias. In der Aufforderung an Ozeanien heißt es dem B. J. vorzugsweise: „Als unentwegter Freund der Freiheit und Kämpfer für die Unterdrückten bitte ich Sie, der Welt durch alle Jhren zur Verfügung stehenden Agenturen den Appell der neuen Republik China für deren Anerkennung zu veröffentlichen. Ich habe dieses Manifest als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten erlassen. Es lautet: Die durch die Arbeit einer Revolution neu geborene chinesische Nation fordert als die Republik China ihre fremdlichen Freundschaft und Gütigkeit der Welt. Die Republik wünscht und hofft, daß eine Anerkennung durch die zivilisierten Mächte sie unter ihrer Unterstützung und freundlichen Mitwirkung befähigen wird, auf der Grundlage einer erblichen Regierung, des freundschaftlichen Handels und des Verkehrs mit allen friedlich gesinnten Völkern eine glückliche Zukunft zu begründen.“

Das neue Kabinett Yuanfuhai's weiß natürlich von einer Ernennung Sunjün-tangs zum Minister des Auswärtigen nichts. Auch ist, soweit Yuanfuhai in Frage kommt, noch keine Republik proklamiert.

Die amerikanische Intervention

Washington, 19. November. Das Staatsdepartement bestätigt nunmehr die Depesche, daß amerikanische Truppen von Manila nach China abgehen sollen. General Bell, der Kommandant der Truppen aus den Philippinen, hat 2000 Mann ausserlebens Truppen, aus Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Genieabteilungen bestehend, ausgewählt, für China bestimmt. Die Truppen sind so ausgerüstet worden, daß sie einen Winterfeldzug machen können.

In Peking hat die Nachricht, daß die Vereinigten Staaten die Hilfe haben, Militär nach Peking zu senden, ausgedehnt um den nach Beijing führenden Bahn zu führen, in allen Kreisen den denkbaren unglücklichsten Eindruck hervorgerufen. Man glaubt geltend, daß der Augenblick sehr schlecht gewählt sei, da jetzt erst ein Ministerium ernannt worden ist, welches eine Beschöpfung erzielen soll. Ein Eingreifen der Vereinigten Staaten könnte nur die Situation noch mehr verschärfen.

Der Kampf um Nanjing.

London, 20. November. Times berichtet aus Peking: Die Lage in Nanjing ist wenig befriedigend. General Schang mit 6000 Mann besetzt die Stadt gemeinschaftlich mit dem Exarcegeneral, der über 2000 Mann Mandchutruppen verfügt. Sämtliche rebellische Soldaten sowie die aufständischen Beamten, welche sich zum Teil der aufständischen Truppen beitreten, wurden hingerichtet. Diese Hinrichtungen haben große Entrüstung hervorgerufen. Die Revolutionäre versuchen jetzt in den Besitz der Stadt zu gelangen. Man glaubt allgemein, daß dies ihnen gelingen wird.

Halle und Saalkreis.

Seite a. S., den 20. November 1911

Der Kampf um die Sonntagsruhe.

Der Magistrat hat vor einigen Monaten sich wieder gegen eine Erweiterung der Sonntagsruhe für Halle erklärt. Auf eine Eingabe von bürgerlicher Seite hatte er geantwortet: „Mit Rücksicht auf den Wunsch der Verhandlungen des hiesigen Gesamt-Kaufmannsgerichts und in Anbetracht dessen, daß demnach eine reichsgerichtliche Regelung der Sonntagsruhe zu erwarten ist, haben wir beschlossen, von einer Forderung der bestehenden Bestimmungen abgesehen Abstand zu nehmen.“ Der „liberale“ Magistrat vertrat sich also hinter die reaktionäre Regierung und noch mehr: er wandte die Beschütze des Kaufmannsgerichts, die hiesigen Kaufleute als Gutachter zur Annahme folgenden Antrag: „Wäßige Sonntagsruhe für die Kontore und Läden, mit Ausnahme der Lebens- und Genussmittel, Jagar- und Blumenhandlungen, die von 7 bis 1/2 Uhr offen halten dürfen.“ Angenommen wurde ferner ein Vermittlungsantrag: „Offenhalten der Läden aller Branchen von 7 bis 1/2 Uhr, wäßige Sonntagsruhe für die Kontore.“

Die Nichtbeachtung dieser Beschlüsse und das Juridizieren hinter die Reichsregierung veranlaßten die hiesigen Jesuiten des Deutschen Erzbischofs in Berlin, die hiesigen Kaufleute und des Zentralverbandes der Handlungsgeschäften sofort erneut an die Stadtverordneten heranzutreten, um eine Klarstellung zu erzielen. Die beiden Gewerkschaften reichten folgende Eingabe ein:

„Die Interzeichneten richten hierdurch an die Stadtverwaltung erneut das Ersuchen, für die Angestellten der Kontore und offenen Saalgeschäfte die volle stündige Sonntagsruhe mit Befreiung eines Lebensgenussstudiums für die Nahrungsmitteleinzelhandlung durch Ortsrat einzuführen.“

Zur Begründung gelangte: wir uns, auf unsere Eingaben in gleicher Angelegenheit von 1908 und 1909 zu verweisen. In dem uns auf die letzte Petition erstatteten Bescheid des Magistrats heißt es: „Wenn es auch richtig ist, daß die Befreiung der Vorrichtungen der Gewerbeordnung nicht in aller nächster Zeit stattfinden wird, so darf doch nicht übersehen werden, daß es unangenehm sein würde, jetzt für die Stadt Halle ein entsprechendes Ortsrats zu erlassen auf die Gefahr hin, daß dessen Inhalt vielleicht schon nach Jahresfrist durch ein neues Reichsgesetz wiederum sinnlos würde.“

Diese Antwort ist datiert vom 30. September 1908.

Auch auf die im laufenden Jahre eingereichten Sonntagsruhe-Anträge ist leider eine abweisende Antwort erteilt. Biederm wird als Grund der Ablehnung die in Aussicht stehende reichsgerichtliche Regelung mit angeführt. Diese generelle Regelung hat nach obigem Schreiben der Stadtverwaltung bereits 1908 nahe bevor, ist aber bis heute nicht erfolgt. Sie wird auch nicht in absehbarer Zeit eintreten, da nach den neuesten Informationen die Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind und demzufolge auch kein Vorkonferenz über die Sonntagsruhe in Vorbereitung ist.

Günstiglich des mitangelegenen Bescheides des hiesigen Kaufmannsgerichts erlauben wir uns zu bemerken, daß die Mehrheit des Gerichts sich für die volle Sonntagsruhe ausgesprochen hat. Leider ist bei dem Entschlusse der Stadtverwaltung die Meinung der Mehrzahl der Prinzipalsbesitzer maßgebend gewesen. Wenn diese auch nicht für voll-ständige Sonntagsruhe zu haben waren, so erklärten sie sich jedoch zu einer erheblichen Verkürzung der Arbeitszeit am Sonntage bereit. — Die Forderung, bereitwillig die Angestellten zu der Hoffnung, daß doch nicht alles vergebens sein und nimmer Ernst mit Einschränkung der Sonntagsarbeit gemacht werden würde.“

Auch das Gewerkschaftsratell hat sich mit dem ungenügenden Verhalten des Magistrats befaßt und im Interesse des Handelsgewerbes eine Eingabe gemacht, die die gleiche Forderung erhebt, wie die oben mitgeteilte Petition. Das Gewerkschaftsratell erklärte dazu:

„Mit Bedauern hat die organisierte Arbeiterschaft in den hiesigen Tageszeitungen gelesen, daß der Magistrat es ablehnt, jetzt, eine Erneuerung der Sonntagsruhebestimmungen für das Handelsgewerbe vorzunehmen. Bedauerlich ist bei dieser Ablehnung der Hinweis auf die reichsgerichtliche Regelung der Materie, über deren „wann“ und „wie“ noch wäßiges Dunkel herrscht. Für die kulturelle Notwendigkeit der Sonntagsruhe in einer Großstadt wie Halle brauchen Beweise nicht erst angeführt zu werden, und zwar um so weniger, als das Kaufmannsgericht der völligen Sonntagsruhe für alle Geschäfte unter Ausschluss der

Nahrungsmitteleinzelhandlung, und auch Korporationen der Geschäftsinhaber die Notwendigkeit der Aushebung der Sonntagsruhe anerkannt haben.“

Das Gewerkschaftsratell, dem über 17 000 Arbeiter angeschlossen sind, erklärt, daß die hiesige Arbeiterschaft mit Freuden ihre Einkünfte zu einrichten wird, daß die völlige Sonntagsruhe ohne Schädigung irgendwelcher Interessen durchgeführt werden kann. Sie ergeht die Stadtverwaltung deshalb um nochmalige Prüfung und Annahme der unterbreiteten Vorschläge.“

Heute abend stehen nun diese Petitionen im Stadtverordnetenkollegium zur Verhandlung. Die bürgerlichen Herren hätten nach ihren Wahlsprechungen inhaltlich Anerkennung, um dem Magistrat ein sehr energisches Wort zu reden, um so mehr, als auch vom Bürgerverein eine Petition um Befreiung der Sonntagsarbeit vorliegt. Bei der Stadtverordnetenwahl behaupteten die Bürgerlichen, die Stadtverwaltung habe bisher so wenig für die Handlungsgehilfen und Handlungsratgeber übrig gelassen, weil sie nicht zur Wahl gingen. Die hiesigen Handlungsgehilfen haben sich nun vereinigt gefügt, den Bürgerlichen zum Siege zu verhelfen. Jetzt wird es sich zeigen, ob auch das Interesse der Stadtverwaltung für sie gestiegen ist. Oder — soll das Gewerbe wieder nur für die Tage vor der Wahl geduldet haben?

Gartenvorläufe — eine Hilfe gegen das Wohnungsnot.

Am dritten Stok der Handwerkerzunft hat sich eine für Halle besonders bemerkenswerte Ausstellung über den geplanten Kleinwohnungsbau aufgetan. Herr Prof. Dr. Bröndtgen eröffnete am gestrigen Sonntag unter der Beteiligung der Vertreter städtischer und handlicher Behörden, der Delegierten einiger gemeinnütziger Vereine und der organisierten Arbeiterschaft die sogenannte Gartenortbau-Ausstellung. Die Gartenortbauzunft will mit Hilfe aller Helfer Arbeiter und Unternehmern zur künftigen Wohnungsnot entgegen. Man verzieht unter einer Gartenstadt oder einer Gartenstadt nicht eine beliebige Stadt oder Vorort mit ein paar Gärten. Sie hat, auch nichts zu tun mit den Villenkolonien für die Wohlhabenden, die neuerdings mit dem Namen „Gartenstädte“ geschmückt werden, um die öffentliche Meinung für ihre nichts weniger, als gemeinnützigen Erfindungen zu gewinnen. Eine Gartenstadt ist eine planmäßig gehaltete Siedlung auf billigen Gelände, das dauernd im Eigentum der Gemeinschaft (Staat, Gemeinde, Genossenschaft und bergleichen) erhalten wird, wodurch jede Spekulation mit dem Grund und Boden für immer ausgeschlossen und der Wertzuwachs der Gemeinschaft gesichert bleibt. Diese soziale und wirtschaftliche Grundlage bringt und erhält der von neu entstehenden Stadt auch den Garten — selbst für den Winterbrennstoff — macht sie zur „Gartenstadt“.

Unter schauerlicher Wohnungsnot ist bekannt genug. Die ersprechenden Mischlinge stehen im Zusammenhang mit den hohen Bodenpreisen. Will man daher für breite Bevölkerungstreffs, auch für den Winterbrennstoff, Wohnungen in Kleinrenten, man dies ist schon bei allen Wohnungs- und Siedlungsreform nur dann verwirklichen, wenn man auf billigen, Gelände scheidet und Maßnahmen gegen eine spätere spekulative Vertreibung des Bodens ergreift. Um das zu erzielen, muß man gegenwärtig vor allem auf der Stadt heraus in die Kaufgebiere oder auf freie Band gehen. Und da der einzelne das nicht vermag, müssen sich alle diejenigen, die an einer bezugsartigen Wohnungsreform ideell oder materiell interessiert sind, in großen Gesellschaften oder Genossenschaften vereinen. Eine solche Organisation muß ein günstiges Gelände, für die gemeinnützigen Zweck, Siedlung ausrichten, Gelände zu billigen Preisen erwerben und unter eigener Verwaltung zum Nutzen ihrer Mitglieder bebauen. Die Engländer haben darin schon recht bedeutendes geleistet, wie das Abbildungen und Modelle uns in der jetzigen Ausstellung zeigen. Die seit 1902 existierende deutsche Gartenstadts-Gesellschaft kann auch schon, wie die Ausstellung beweist, mit einigen kleinen Erfolgen aufwarten. Das größte und älteste Unternehmen ist bisher Gellerau bei Dresden. Es verdankt seine Entstehung der Ueberlieferung eines großen künftigenverdienlichen Gebietes aus der benutzenden und vertretenden Großstadt in der Gegend, sowie dem planvollen Willen, eine Art Siedlung für jehersommene Winterbrennstoff, wie Wohlhabende, Fremde wie Arbeiter und Angestellte der Fabrik zu schaffen. Gellerau ist eine Kombination von Industriekolonie und Wohnsiedlung auf gemeinnütziger und genossenschaftlicher Grundlage. Das Gelände ist 150 Hektar groß; die Bautätigkeit begann im Herbst 1900. Im Oktober 1911 betrug die Einwohnerzahl schon rund 2000. Die Jahresmiete des kleinsten Einwohnereinfamilien mit Garten beträgt 280 M.

Die Gartenstadt Süttenau bei Blankenstein a. d. Mulde ist im Gegensatz zu Gellerau in Anlehnung an zwei kleine Gemeinden des westfälischen Industriegebietes entstanden. Sie beruht auf genossenschaftlicher Grundlage und erstreckt sich gleicher Förderung der beiden Gemeinden und des Kreises. Die Mehrzahl der Einwohner sind Arbeiter und Beamte eines benachbarten Hüttenwerkes. Auf die Leitung der Genossenschaft hat das Werk aber keinen Einfluss. Die Bautätigkeit begann im Sommer 1910; bis Mitte 1911 waren schon 186 Wohnungen bezogen. Die Baukosten des kleinsten Hauses betragen 3900 M.

Ein vorbildliches Beispiel für die Sanierung schlechter Stadtbau ist die Gartenstadt Stodfeld bei Straßburg i. E. Eine gemeinnützige Bauvereinsgesellschaft konnte hier mit weitgehender Unterstützung der Stadt innerhalb einer Bauperiode eine Gartenstadt mit 460 Wohnungen schaffen. Die billigen Mieten sind 180 M.

Gartenvorläufe als Typen einer planvollen Stadterweiterung durch Schaffung von Gartenanlagen an der Peripherie der Großstadt sind die Siedlungen in Karlsruhe, Mannheim, Nürnberg, Ratibohf bei Königsberg i. Pr., Spangenberg und Reform bei Magdeburg, Margaretenhöhe bei Essen, Wandel und Gartenstadt Ernst bei Dagen i. B. Letzteres ist besonders wegen der Vereinigung mehrerer Häuser getrennt arbeitender Bauvereine bemerkenswert. Die Gartenstadt Reinmünster, e. G. m. b. H., (Gelände 100 Hektar) schafft mit Hilfe des Rentenunterschiedes eine außerordentlich weiträumige Siedlung für Arbeiter und kleine Beamte. Kleinere gemeinnützige Gartenanlagen sind in Göttingen in Weckleben, in Ansbach, i. B., Schwab und mehreren anderen Orten bei Nürnberg, bei Stuttgart u. a. im Bau

worben. Der Eisenbahngang fuhr mit einer Geschwindigkeit von 50 Meilen in der Stunde dahin, als er in einer Reihe bei Manns Junction in Elston dem Verfall an den Schienen ipran. Die Lokomotive und der Tender wurden umgeworfen. Der Lokomotivführer und sein Geiger wurden unter der Lokomotive begraben und von dem ausströmenden Dampf umhüllt. Ein anderer Arbeiter, ein bekannter Arbeiter namens Langdon Lee, trock unter die umgeworfene Lokomotive und holte unter großen Schwierigkeiten die beiden Verletzten hervor, die man schon nicht mehr am Leben glaubte. Der brave Retter hat sich bei seinem Rettungsvorfall im Gesicht und an den Händen schwere Brandverletzungen zugezogen. Die übrigen Passagiere kamen mit dem Schrecken davon.

Bei Domluis in Wales stieß ein mit Grubenarbeitern vollbesetzter Zug aus Bedding mit einer Lokomotive zusammen. Acht Arbeiter wurden verletzt, drei davon lebensgefährlich. Einer ist bereits seinen Wunden erlegen.

Zwischen den Stationen Walsby und Wilsby an der rumänischen Grenze stieß ein mit 20 Arbeitern besetzter Materialwagen mit einem Lokzug zusammen. Zwei Arbeiter wurden getötet, mehrere schwer verletzt.

Wittnenraub im Polzne.

Zwischen Paris und Maccon wurden im Postzuge der Mittelmeerbahn der Waggons nach Lyon und Marseille verladen hatte, drei aus Umbulana geborene Wagnen erbrochen und beraubt. Die Täter hatten die oberen Wagenfenster eingedrückt und waren von der Decke aus ins Innere gelang. Unter den vermissten Wagnen sind für Frauen und den fetten Eien bestimmte bestickte, englische Seidenwaren, deren Wert sich auf mehrere Millionen beläuft. Die Untersuchung ist dadurch erschwert, daß man den Diebstahl erst spät entdeckte. Es scheint sich um eine weitverbreitete Bande zu handeln, die über den Inhalt der einzelnen Briefkäse gut unterrichtet gewesen zu sein scheint.

Paris, 20. November. Man meldet aus Marseille: Die Polizei ist eifrig mit Nachforschungen beschäftigt. Man erwartet große Liebererfahrungen. Es heißt, heute oder morgen werden eine große Anzahl Verhaftungen in dieser Sache in Marseille erfolgen.

Die Cholera im Louisiana Hafen.

In London, der Hauptstadt, ist eine choleraverdächtige Epidemie ausgebrochen. Die Zahl der an Cholera erkrankten Marinelobaten, die sich gestern im Spital in Menge befanden, beläuft sich auf 70. Ein dreijähriges Kind und ein Marinewidweib sind der Krankheit geteilt erlegen und wurden sofort beerdigt. — Das Marineministerium versichert, die Regale hätten die volle Verantwortlichkeit für die sanitäre Sicherheit in London auf sich genommen und hätten erklärt, die Epidemie sei nunmehr lokalisiert. Die getroffenen Maßnahmen auf den Schiffen sind besonders streng. Sämtliche Mannschaften müssen an Bord bleiben, es wird kein Urlaub bewilligt.

Sittlichkeitsfanatismus katholischer Mönche.

In Aachen haben drei junge Leute aus guten Familien die Baur von dem Loubrunnen Leberer gestiftet, gegen die in einigen Kreisen Protest erhoben worden war, weil sie einen nackten Knaben darstellte. Zwei von den Kunstwerkern wurden verhaftet, später aber freigelassen. Man nimmt an, daß sie zu der Tat angeleitet sind.

Die katholische Sittlichkeit ist wieder einmal geteilt und hat sich zu den — katholischen Parteien und ihren Höchlingen gehängt.

Vom Mädchen — zum Mann!

Das Berliner Amtsgericht hatte sich am Freitag voriger Woche, dem 2. Z. zufolge, mit einem ungewöhnlichen Fall zu beschäftigen. Auf einen an den Regierungspräsidenten gelangten Antrag erfolgte auf Anordnung des Amtsgerichts die gleichzeitige Geschlechtsumwandlung zweier Geschwister, ein

Ball, der in der an Merkwürdigkeiten reichen Geschichte der jetzigen Geschlechtslosen vereinigt dastehen dürfte. Es wurde in dem hiesigen öffentlichen Geburtregister vermerkt, daß die 16jährige Luise L. von jetzt a. Ludwig L. die 16jährige Gertrud L. von jetzt a. Gertrud L. heißt. Beide Geschwister fühlten seit längerer Zeit, daß die weibliche Kleidung und die Beziehung, die ihnen bisher zuteil geworden war, ihrem wahren Wesen nicht entspreche. Kamenlich als vor einigen Jahren Stimmwechsel bei ihnen eintrat und Leberer und Mädchenzügen sie wegen ihres tiefen Organs verpötelten, füllten sie sich in der Mädchenwelt so unglücklich, daß ihnen jede Freude am Leben verging und jedes unbestimmte Bedürfnis in der Öffentlichkeit unzulässig wurde. Sie fühlten sich auch nur zu männlichen Berufen hingezogen; die ältere wollte Kaufmann, die jüngere Seemann werden. Schließlich war die Intonierung zwischen Sein und Schein, zwischen ihrem wirklichen und ihrem angenommenen Wesen so groß, daß die jungen Leute im Begriff standen, ihren Leben ein Ende zu bereiten. Erst durch einen Zufall kamen die Eltern der beiden Weibsmädchen auf den Gedanken, sich endlich durch ein Gutachten eines Spezialarztes Klarheit zu verschaffen. Von dem Herrn Dr. Magnus Dersfeld und Dr. Anton Bloch wurde auch begutachtet, daß es sich tatsächlich um einen Fall der irtümlichen Geschlechtsbestimmung handle. Die Eltern ließen daraufhin durch einen Rechtsanwalt den Antrag stellen, die Umwandlung der Namen in Geschlechtsregister vornehmen zu dürfen, dem jetzt stattgegeben worden ist. Die beiden nunmehr zu dem „starken Geschlecht“ gehörenden „Mädchen“ haben sofort durch Haarschnitt und Umkleidung auch ihren äußeren Menschen umgewandelt.

Keines Misset. Folgenschwerer Hauseinkura.
In Gannes (Frankreich) führte ein im Bau befindliches gewichtiges Haus ein und begrub sämtliche 16 Arbeiter unter seinen Trümmern. Zwei Arbeiter wurden getötet, drei schwer und ein leicht verletzt. Die Verunglückten sind durchweg Italiener. — Ein netter Warrer. In Agornan bei Autun (Frankreich) wurde der Warrer Garone unter der Beschuldigung verhaftet, daß er am 9. Oktober den Küster seiner Kirche durch einen 16jährigen Tagelöhner habe ermorden lassen. Unter den Wohnorten, bei denen sich der Warrer allgemeiner Beliebtheit erfreute, rief die Verhaftung großes Aufsehen hervor. — Unter Vergeltungsercheinungen sind in Zerbau 27 Personen, die in einem Weinanbau Bisse gegessen hatten, erkrankt. 7 von ihnen sind bereits gestorben, mehrere schwer in Lebensgefahr. — Liebererfall auf ein Postamt. Acht maskierte Räuber überfielen das Postamt in Wundschirmit, ermordeten den Postmeister sowie dessen Frau und raubten 120 000 Franken aus der Postkasse. In Wundschirmit ist es gelungen zu entkommen.

Literarisches.

Leuerung, Warenwucher und Klassenkampf. Von J. Karstl. Agitationsausgabe. Preis 10 Pf. Verlag der Leipziger Volkszeitung, Leipzig.

Inhaltsangabe: Die Verlorung der Menschheit mit Nahrung und die kapitalistische Anarchie. — Die künstliche Preissteigerung. — Das Steigen der Warenpreise in Deutschland. — Die Mägenerte und die Leuerung. — Der Kampf gegen die Leuerung.

Das Schriftchen bringt in knapper Darstellung und leichtfaßlicher Art eine Fülle des Wissenswerten. Für jeden Reichstagsanhänger ist es ein überzeugender Nachruf zur Auflebung und zum Kampf gegen die Mißstände unseres kapitalistischen Zeitalters. Für jeden Arbeiter und für jeden, der Wahrheit liebt, ist es ein unentbehrliches Handbuch. Allen Laien und Gleichgültigen müßte dieses Büchlein in die Hand

gebrückt werden. Es ist bei aller Sachlichkeit doch so lebendig und so lebendig geschrieben, daß es sicher niemand ungelesen beiseite legen wird.

Zum Reichstags-Wahlfonds.

Kingdorf. Aus dem Familienhaus 70 Wfa.; für Kalender 1840 Wfa.

Quittung.

Gelle. Für die ausgedienten Tabakarbeiter gingen ein: Wundschirmit-Werband Halle a. S. 50, — Wfa. (amte Rate); Wäder-Werband Halle a. S. 40, — Wfa. Güttenberg.

Aus dem Geschäftswesen.

Österreichische Industrie Dresden 1911. Bei der kürzlich stattgefundenen Preisbereinigung der „Internationalen Industrie-Ausstellung Dresden 1911“, wurden die Warenpreise der A. u. M. R. O. G. m. b. H., Altona-Lobnitz, rühmlichst bekannt durch ihre Spezial-Margarine-Marken „Sieglerin“ — „Mofa“ — „Palmar“, mit der goldenen Medaille prämiert. Es sei hierbei bemerkt, daß die genannte Firma bereits im September auf der Großen deutschen Ausstellung für Wäderei und Konditorei in Stuttgart ebenfalls mit der goldenen Medaille und Ehrenpreis ausgezeichnet wurde.

Uns ein modernes Geschäftswesen reicher ist die Leipziger Straße geworden. Das atomisierte Erdgeschoss, Erdgeschoss, Erdgeschoss, Reife- und Sportartikel-Geschäft Julius Wacker hält heute seinen Einzug in den in modernen Geschmack gehaltenen, auf das vornehmste ausgestatteten Neubau. Vom besten das beste bei höchsten Preisen, ist das Prinzip der Firma Wacker immer gewesen. Eine Vergrößerung aller Räume haben heute von 5-8 Uhr statt. Der Verkauf beginnt Dienstag früh 8 Uhr.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Ort	18. Nov.	17. Nov.	18. Nov.	17. Nov.
Elbe und Havel.				
Alten, Brückenpegel	+0,20	+0,20	—	—
Neub., Oberpegel	+1,88	+1,88	—	—
Unterpegel	+2,22	+2,22	0,02	—
Weißenfels, Oberpegel	+2,22	+2,22	—	—
Unterpegel	-0,70	-0,46	—	0,24
Trotha	+1,14	+1,14	0,02	—
Leipzig, Oberpegel	+2,16	+2,16	—	—
Unterpegel	-0,20	-0,10	—	0,05
Bernburg	+1,10	+1,10	—	—
Stalbe, Oberpegel	+1,28	+1,28	0,02	—
Unterpegel	-0,40	-0,42	0,02	—
Elbe.				
Dresden	17. Nov. -2,07	18. Nov. -2,08	0,01	—
Lützen	-0,41	-0,32	—	0,09
Wittenberg	+0,52	+0,50	0,02	—
Waldau	-0,16	-0,17	0,01	—
Barby	+0,03	+0,04	—	0,01
Magdeburg	+0,11	+0,15	—	0,04



Kufeké
-Kinder-nahrung
-Kranken-kost.
Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Kennen Sie billige Butterquellen?

Wohl kaum, denn die Preise für Natur-Butter sind überall gleich hoch! Halb so teuer jedoch ist die als bestes Butter-Ersatzmittel beliebte Qualitäts-Margarin

Siegerin

in Güte, Geschmack und Bekömmlichkeit unerreich! Feinster Molkereibutter gleich!

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Verkauf bei Becher & Binnewies, direkt am Bahnhof.

Strickwolle
Frauenlob
Vollwolle, Supra & Extra für den großen Konsum
Selecta & Prima äußerst preiswert.
Imperial genügt höchsten Ansprüchen.
Schoellersche & Eitorfer Kammgarnspinnerei, Aktien-Gesellschaft
EITORFER

„Nordsee“
Dienstag Seefisch-Verkauf:
Kabeljau o. Kopf 30 Pf.
Goldbarsch 25 Pf.
Brittschellfisch 27 Pf.
Portlonschellfisch 35 Pf.
Schellfisch o. Kopf 42 Pf.
Angelschellfisch alle Größen 50 Pf. nur 40 Pf.

Ansichts-Postkarten
empfehle
Die Volks-Buchhandlung.

Todes-Anzeige.
Heute morgen 5 Uhr, starb nach kurzem Krankenlager, meine liebe Frau
Marie Stelzer geb. Zimmermann,
im Alter von 45 Jahren.
Dies zeigt tiefbetruert an
Johann Stelzer,
im Namen der Hinterbliebenen.
Eisleben, den 20. November 1911.

Sozialdemokrat. Verein, Wahlkreis Mansfeld.
Nach kurzem Krankenlager verschied heute früh 5 Uhr unter treuem Mitglied
Frau Marie Stelzer
im Alter von 45 Jahren. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.
Eisleben, den 20. November 1911. Der Vorstand.

